



Am Küchentisch zu Hause lässt es sich für manche Kinder besser lernen als am Schulpult. Symbolbild: AFP

Noch nie hat Baselland so viele Homeschooling-Anträge bewilligt

Folge der Pandemie In mehreren Baselbieter Gemeinden haben sich Eltern zusammengeschlossen, um ihre Kinder nach den Schulferien privat unterrichten zu lassen.

Sebastian Schanzer

Viele Kinder haben den Kontakt mit ihren «Gspändli» vermisst, als sie im Frühjahr 2020 pandemiebedingt zwei Monate lang die Schule nicht besuchen durften. In einer Umfrage der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) gaben 63 Prozent der befragten Kinder deshalb an, lieber in der Schule von Lehrpersonen als zu Hause von den Eltern unterrichtet zu werden. Zu den anderen 37 Prozent gehört der Sohn von Beat Ruch aus Zunzgen.

Schon vor der Pandemie habe der Neunjährige über Bauchschmerzen geklagt, immer am Sonntag, vor Beginn der Schulwoche. «Die obligatorische Maskenpflicht an den Primarschulen Anfang Jahr verschlimmerte das Ganze noch», sagt sein Vater. Stolz erinnert er sich daran, wie sein Sohn während des Fernunterrichts mit viel Motivation und Eigenverantwortung gelernt und alle Aufträge seiner Lehrpersonen erledigt habe – mit Pausen zum Spielen, aber ohne Bauchschmerzen. «Nach dieser Erfahrung dachten wir, Homeschooling wäre vielleicht das Beste für ihn.»

«Den Anstoss gaben die Corona-Massnahmen»

Damit stand Ruch offensichtlich nicht allein da im Baselbiet. Die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) meldet auf Anfrage eine signifikante Steigerung der bewilligten privaten Schuljahre für das kommende Schuljahr. Waren es in den vergangenen vier Schuljahren jeweils zwischen zwei und sieben Fälle, sind es im kommenden 52. Die Steigerung ist markant, wenn auch die Anzahl im Vergleich zu den rund 31'000 schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen marginal bleibt, wie BKSD-Sprecherin Fabienne Romanens sagt. Zum Vergleich:

Im Kanton Aargau, einem der liberalsten Kantone bezüglich Homeschooling, waren es im vergangenen Schuljahr 396 privat geschulte von knapp 81'000 schulpflichtigen Kindern.

Über die Beweggründe der Eltern sagt Romanens: «Die Erziehungsberechtigten scheinen sich zu erhoffen, dass in der privaten Schulung individueller auf die Bedürfnisse ihrer Kinder eingegangen wird und sich diese besser aufgehoben fühlen.» So seien in den Begründungen häufig die Stichworte «Lernen im eigenen Tempo», «Lernen entlang der eigenen Interessen» und «keine Noten» aufgeführt.

«Den Anstoss, etwas zu unternehmen, gaben selbstverständlich die Corona-Massnahmen an den Primarschulen», sagt Beat Ruch. Im Widerstand dagegen hatten sich Hunderte von kritischen Eltern, aber auch Lehrpersonen im Baselbiet vernetzt. Kontakte wurden geknüpft, Mail-Verteiler und Chats eingerichtet,

Ideen und Erlebnisse ausgetauscht. «Am Anfang waren wir viele», sagt Ruch.

Gemeinden können Geld sparen

Tatsächlich von der Staatsschule abwenden wollen sich nun vorwiegend diejenigen, die vorher schon kritisch gegenüber der Institution eingestellt waren. Das ist zumindest der Eindruck von Beat Ruch. Er präsidiert den neu gegründeten Verein für gemeinschaftliches Lernen Gezu, der ab kommendem August in Gelterkinden und Zunzgen zwei Lerngruppen à sechs Kinder der Primarstufe im Homeschooling unterrichten lässt.

Der Verein konnte geeignete private Räumlichkeiten finden und ausgebildetes Lehrpersonal engagieren, das seine pädagogischen Überzeugungen teilt: Kinder sollen nach ihren individuellen Interessen und Begabungen, in ihrem eigenen Tempo lernen. Sie sollen im Zentrum stehen. Sie

sollen erfahren, wofür sie das theoretische Wissen aus den Büchern im Alltag gebrauchen können. Sie sollen lernen, sich und ihr Verhalten zu reflektieren, Konflikte selbst zu lösen. «Ich sage nicht, dass sie dies alles nicht auch an der Staatsschule lernen können», sagt Ruch. «Allzu oft steht und fällt das aber mit der jeweiligen Lehrperson, die einer Klasse zugeteilt wird.»

In etlichen weiteren Baselbieter Gemeinden soll es im kommenden Schuljahr solche privaten Lerngruppen geben – gemäss Informationen der BaZ etwa in Hölstein, Lauwil, Bretzwil, Grelingen, Birsfelden oder Blauen. An der Kreisschule Oltingen/Wenslingen haben sich gleich neun Kinder vom Regelunterricht abgemeldet. Die Trägergemeinden können sich nun einzelne Lektionen im Halbklassenunterricht sparen, weil Klassen kleiner geworden sind, wie die Schulleiterin Janine Sasse sagt. Während einzelne Gemeinden dank des

Homeschooling-Trends möglicherweise Ausgaben sparen können, greifen die Eltern bei privater Schulung ihrer Kinder tief ins Portemonnaie.

Um den Lehrpersonen einen halbwegs akzeptablen Lohn zu bezahlen, verlangt der Verein in der Regel rund 700 Franken pro Kind und Monat. «Diese Ausgaben lassen sich wahrscheinlich nicht von der Steuer abziehen. Finanziell lohnt sich das weder für die Lehrpersonen noch für die Eltern», sagt Ruch und fragt sich, wie der Staat wohl das gesparte Geld verwenden wird. «Es wäre schon toll, wenn wir dafür möglicherweise Infrastruktur der Staatsschule verwenden – etwa eine Turnhalle – oder gemeinsame Projekte verwirklichen könnten.» Man habe mit den Gemeinden und den Schulen das Gespräch aufgenommen.

Basel-Stadt erteilt weniger Bewilligungen

Für das Amt für Volksschulen bedeutet der Homeschooling-Trend derweil einen Mehraufwand, wie BKSD-Sprecherin Romanens sagt. «Sollte sich die Anzahl privater Schulungen künftig auf diesem neuen Niveau stabilisieren, werden die Überprüfung der Dossiers sowie die Unterrichtsbesuche deutlich mehr Ressourcen in Anspruch nehmen als bisher», sagt sie.

Dieses Problem stellt sich dem Erziehungsdepartement in Basel-Stadt nicht. In Basel sei es trotz Pandemie nicht zu einem Anstieg von Bewilligungen gekommen, weil der Kanton solche nur in begründeten Ausnahmefällen erteile, sagt Sprecher Simon Thiriet auf Anfrage. Weil die restriktive Praxis bezüglich Privatschulung in Basel bekannt sei, habe es auch bei den entsprechenden Gesuchen keine signifikante Steigerung gegeben.

Ein weiter Weg bis zur Bewilligung

Das Bewilligungsverfahren für private Schulung oder Homeschooling ist im Baselbiet aufwendig: Der erste Antrag mit Begründung des Begehrens muss fast ein Jahr vor Beginn des betroffenen Schuljahrs eingereicht, der Nachweis über die erfüllten Bedingungen muss danach jedes Jahr erneuert werden. Die Eltern müssen ein Konzept einreichen, das sowohl pädagogische Aspekte – der Unterricht darf nur von einer Person mit stufenadäquatem Diplom erteilt werden – wie auch organisatorische Fragen klärt: Welche Unterrichtsformen und Lehrmittel werden angewendet? Wie sieht

die Stundentafel aus? Wie werden Sport, Werken oder Informatik vermittelt? Gibt es ein Angebot zur Laufbahnorientierung oder Massnahmen zur speziellen Förderung? Gibt es einen Schularzt, und wie steht es um den sicheren Schulweg?

Der Lehrplan 21 ist auch bei der privaten Schulung massgebend. Die aufmerksame Kontrolle all dieser Aspekte durch das Amt für Volksschulen (AVS) soll gewährleisten, dass alle Kinder Zugang zu Bildung haben, gemäss den im Bildungsgesetz verankerten Grundsätzen. Der Kanton schreibt auch die maximale Grösse von Lerngruppen

sowie die je nach Schuljahr unterschiedliche Anzahl Präsenzlektionen vor.

Einmal pro Semester will das AVS den Unterricht auch vor Ort besuchen. Die Grünen-Landrätin Laura Grazioli hat das Thema jüngst in einem Vorstoss aufgegriffen. Ihr sind insbesondere die Hürden für die Bewilligung von privater Beschulung im Baselbiet zu hoch. In ihrer Interpellation will sie von der Regierung wissen, ob sie diese Anforderungen als verhältnismässig einschätze und welche Unterstützung der Kanton bieten könne, um Homeschooling besser zu ermöglichen. (ssc)